

# Offene Worte

Online Nr. 56

Zeitung der LINKEN für den Barnim 4. Okt. 2020, 30. Jahrg.

## „Wir arbeiten 13 Stunden und bekommen teilweise nur 7 Stunden bezahlt“

Der Öffentliche Personennahverkehr funktioniert nur mit seinen Beschäftigten. DIE LINKE Barnim steht im Tarifstreik an ihrer Seite.

Am 29. September streikten die Beschäftigten der Barnimer Busgesellschaft für ein ganzes Paket an Forderungen, um den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) im Barnim zukunftsfähig zu machen. Oft geht es dabei nur um die Busflotte und Fahrpreise. Doch auch die Beschäftigten hinter dem Steuer stehen für die Zukunft der Barnimer Busflotte.

Mit dem Streik sollen die Arbeitgeber zu Tarifverhandlungen gezwungen werden, die sie seit März verzögern. Die Gewerkschaft Ver.di fordert für bundesweit 87.000 Beschäftigte einheitliche Regelungen zum Beispiel für den Ausgleich von Überstunden oder für Schichtzu-

lagen. Die Ungleichbehandlung in den Bundesländern soll beendet und Regelungen wie 30 Urlaubstage oder Sonderzahlungen in einem bundesweiten Rahmentarifvertrag vereinheitlicht werden.

In Brandenburg geht es zudem um bessere Arbeitsbedingungen für rund 3500 Beschäftigte. Sie fordern eine schnelle Angleichung der Entgelttabelle auf BVG-Niveau (siehe Text unten). *mh/bc*

**DIE LINKEN im Barnim unterstützen nicht nur die Forderungen der Beschäftigten, sondern waren auch persönlich bei den Streikenden in Eberswalde und Bernau.** Foto: privat



### Ein Busfahrer der Barnimer Busgesellschaft berichtet:

Im Oktober 2000 habe ich mit Freude in der Barnimer Busgesellschaft mbH (BBG) als Busfahrer angefangen. Heute, im Oktober 2020, sehe ich mit Frust, Wut und Enttäuschung auf 20 Jahre zurück:

Als ich angefangen habe einen Linienbus zu fahren, dauerte eine Dienstzeit 9 Stunden, von denen bis auf die 45 Minuten Mittagspause alles bezahlt wurde. Es gab für jeden Mitarbeiter 300 Euro Kassiererzuschlag, es gab 2 Behördentage zusätzlich zum Urlaub, Urlaubs- und Weihnachtsgeld.

2002 wurde eine Tochtergesellschaft, die Verkehrsservice GmbH (VSG), gegründet, da man anders nicht an die Besitzstände der Arbeitnehmer ran kam. Das klingt bitter, stellt sich aber aus Arbeitnehmersicht so dar. Zu dieser Zeit kämpfte die Gewerkschaft Ver.di dafür, dass sie auch die Arbeitnehmer in der VSG vertreten kann. Leider wurde aber in keinsten Weise an die Mitarbeiter gedacht. Sie verloren den Kassiererzuschlag, die Behördentage, Urlaubs- und Weihnachtsgeld wurden halbiert.

Aber es wurde ja keiner gezwungen, in der neuen Gesellschaft zu arbeiten, man könne sich ja woanders einen Job su-

chen. Das war im Jahr 2002, die Arbeitsmarktlage sah ganz anders aus, sodass so eine Aussage der blanke Hohn war. Aber die guten Geschäftsleute vereinbarten auch noch eine Friedenspflicht von 12 Jahren – das bedeutete zwar Sicherheit, aber auch, dass sich in diesem Zeitraum nichts für uns Arbeitnehmer verbessern wird. Eine weitere Verschlechterung wurde eingeführt: Die sogenannte Wendezeit wird ab 60 Minuten nur noch zur Hälfte bezahlt. Das heißt: Man verkauft Fahrscheine, gibt Auskünfte oder steht eben mal 5 Minuten bis zur Abfahrt der nächsten Runde und bekommt davon – ab 60 Minuten – nur die Hälfte als Arbeitszeit angerechnet. So gibt es heute Schichten, während derer man für anderthalb Stunden Arbeitszeit nicht bezahlt wird.

Im Jahr 2014 hat Ver.di mal versucht, etwas für uns zu erreichen, aber das war lächerlich wenig. Viele Gewerkschaftsmitglieder verließen ihre Interessenvertretung. Und die hohen Herren rieben sich die Hände. Ich meine nicht die Geschäftsleitung der BBG, sondern die Po-

litik: Es werden Millionen von der Bundesregierung für den ÖPNV zur Verfügung gestellt – kommen da aber nicht vollständig an.

Die nachfolgenden Tarifabschlüsse waren dann auch nicht wirklich erwähnenswert. So ist jetzt die Kluft zwischen den einzelnen Verkehrsbetrieben riesig. Die Kollegen in Berlin bekommen inzwischen bis zu 450 Euro mehr im Monat als Brandenburger Fahrer. Doch nicht nur dafür gehen wir jetzt auf die Straße. Es geht um soziale Belange und ein wenig Wertschätzung. Jetzt zerreißen sich auch noch alle das Maul darüber, wie man in diesen Tagen streiken kann. Ja, wieso? Wir waren es, die die Menschen auch während des Lockdown zur Arbeit und wieder nach Hause gebracht haben. Und wir tun dies weiter Tag für Tag. Jetzt werden wir aber dafür beschimpft und verurteilt, weil wir darauf aufmerksam machen wollen, dass es endlich Zeit ist, den Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) zu verbessern. Es ist verdammt nochmal an der Zeit, dass Politiker erkennen, dass es so nicht weiter geht. Die Forderungen, noch mehr Linien im Barnim zu eröffnen, noch engere Taktzeiten anzubie-

ten, ist für die Bevölkerung sicher ein Anreiz, den ÖPNV zu nutzen. Aber wer soll das stemmen? Momentan fehlen allein in Bernau etwa 10 Fahrer und trotzdem muss der Fahrplan bedient werden. Der Job ist inzwischen so unattraktiv, dass kaum jemand dafür zu finden ist. Und trotzdem sind wir unterwegs ... Wir sind Menschen, die bis zu 13 Stunden arbeiten und davon zum Teil nur 6 bis 7 Stunden bezahlt bekommen. Wir arbeiten jedes zweite Wochenende – ohne einen Ausgleichstag. Ständig wechseln die Schichten, aber auch nach 12 Stunden Arbeitszeit wird von uns erwartet, dass wir die Fahrgäste sicher ans Ziel bringen. Was sind wir denn wert? Ich habe nach 20 Jahren meine höchste Lohnstufe erreicht, das bedeutet 2.690 Euro brutto. Von meinem Nettoeinkommen kann ich zwar leben, aber ich möchte gern meine tatsächliche Arbeitszeit bezahlt bekommen.

An die Landtagsabgeordneten, die sich regelmäßig ihre Diäten erhöhen: Fangt an zu handeln und nehmt ein klein wenig von dem, was täglich verschwendet wird, und gebt es dort aus, wo es viel bewirkt, zum Beispiel im ÖPNV.

*Enrico Hopp*

**Herausgeber:** Virtuelle AG Offene Worte der LINKEN Barnim & Kreistagsfraktion der LINKEN  
**Kontakt:** DIE LINKE Barnim, Heegermühler Straße 15, 16225 Eberswalde, Telefon zurzeit: 03334-385488  
**E-Mail:** [offeneworte@dielinke-barnim.de](mailto:offeneworte@dielinke-barnim.de); ViSdP: Sebastian Walter.

nächste OW am  
7. Oktober